



Zweiter Tag des Fünfzehnten Treffens
MC(15) Journal Nr. 2, Punkt 8 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 5/07
ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFTEN
ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS**

Der Ministerrat –

in Bekräftigung seiner Absicht, Terrorismusbekämpfungsaktivitäten als Priorität der OSZE beizubehalten,

in dem Bewusstsein, dass Staaten die Hauptverantwortung für die Verhinderung und Bekämpfung von Terrorismus und für die Bewältigung der Folgen terroristischer Handlungen tragen, jedoch auf die Unterstützung der Wirtschaft und der gesamten Zivilgesellschaft zurückgreifen sollten, um diesen Bedrohungen erfolgreich begegnen zu können,

in Bekräftigung der grundlegenden Bedeutung der Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung geltender völkerrechtlicher Verpflichtungen, insbesondere der internationalen Menschenrechtsnormen, des Flüchtlingsrechts und des humanitären Rechts, auch bei Reaktionen auf den Terrorismus und die Terrorangst,

in Anerkennung der Bedeutung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor (PPP) bei der Terrorismusbekämpfung, die auch in der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen gegen Terrorismus hervorgehoben wird, der G8-Initiative zur Schaffung und Förderung von Partnerschaften zur Terrorismusbekämpfung zwischen Staaten und der Wirtschaft, ihres „Weltweiten Forums für Partnerschaften zwischen Staaten und der Wirtschaft bei der Terrorismusbekämpfung“ (Moskau, November 2006) und der daraus hervorgegangenen Internationalen Strategie,

erfreut über die Bemühungen der OSZE, ihres Sekretariats und ihrer Institutionen, den privaten Sektor (Zivilgesellschaft und Wirtschaft) in ihre Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung einzubeziehen, und Kenntnis nehmend von der Zusammenfassung der im Mai/Juni 2007 in Wien abgehaltenen OSZE-Konferenz für eine politische Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor durch den Amtierenden Vorsitzenden (CIO.GAL/81/07/Corr.1),

in Anerkennung der Rolle der Medien und der Bildungseinrichtungen als Motor einer pluralistischen Diskussion zur Förderung ethnischer, religiöser, sprachlicher und kultureller Vielfalt und zur Bekämpfung eines gewalttätigen Extremismus und einer gewalttätigen

Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, und diesbezüglich die Tätigkeit des OSZE-Bbeauftragten für Medienfreiheit und des BDIMR in diesen Bereichen begrüßend,

im Bewusstsein der Sinnhaftigkeit gemeinsamer Terrorismusbekämpfungsbemühungen durch Regierungsstellen und den privaten Sektor (Zivilgesellschaft und Wirtschaft) in Form einer freiwilligen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien Partnerschaft und gegenseitiges Vertrauen zur Verbesserung der Sicherheit und zum eindeutigen Nutzen aller Parteien. Diesbezüglich sollten Bemühungen insbesondere Folgendes berücksichtigen:

- Förderung wirtschaftlicher Stabilität und Sicherheit durch Eingehen auf die dahinter liegenden Faktoren, etwa sozialer und politischer Art, und auf die Bedingungen, die sich Terroristen zunutze machen,
- Förderung von Toleranz, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Good Governance und eines Dialogs zwischen den Kulturen,
- Förderung des Bewusstseins in der Öffentlichkeit und der Einbindung der Öffentlichkeit über die Medien und Bildungseinrichtungen bei gleichzeitiger Achtung der kulturellen und religiösen Vielfalt,
- Ermittlung und Schutz der kritischen Infrastruktur und deren prioritäre Bewertung und Eingehen auf Fragen des Managements der Notfallvorsorge/Folgenbeseitigung,
- Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung unter anderem durch Unterstützung der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ (FATF) sowie anderer einschlägiger Institutionen –

beschließt,

1. den Generalsekretär und die OSZE-Institutionen zu beauftragen, wo angebracht und von Belang, weiterhin die Einbindung des privaten Sektors (Zivilgesellschaft und Wirtschaft) in ihre Terrorismusbekämpfungsaktivitäten zu fördern;
2. den Generalsekretär zu beauftragen, 2008 in Wien in Absprache mit dem Amtierenden Vorsitz und den OSZE-Institutionen eine Folgeveranstaltung zur OSZE-PPP-Konferenz „Partnerschaft zwischen staatlichen Behörden, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft bei der Terrorismusbekämpfung“ abzuhalten;
3. die Teilnehmerstaaten sowie die OSZE-Kooperationspartner zu einem Austausch von Informationen und bewährten Praktiken über PPP bei der Terrorismusbekämpfung einzuladen und den Generalsekretär zu beauftragen, diese Informationen über das Terrorismusbekämpfungsnetz weiterzuleiten, sowie sie bei ihm eingegangen sind.